

KDFB – INFORMATIONEN 2/2009



Thema: Sozialzyklika

Caritas in veritate

- 2 Papst schlägt Weltinstanz zur
Steuerung der Globalisierung vor

Hintergrundinformationen

- 3 Stichwort Sozialzyklika
4 Enzyklika „Populorum progressio“
4 Chronologie der päpstlichen
Sozialzykliken

Reaktionen

- 6 Vertreter aus Politik und Kirche
würdigen Sozialzyklika
7 ZdK-Präsident würdigt Enzyklika als
Appell für eine gemeinsame
Übernahme von Verantwortung
8 Ingrid Fischbach: Sozialzyklika ist
wegweisend
9 Weiterhin positives Echo

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund

- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Tel (0221) 86092-0
Fax (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

Sozialenzyklika: Caritas in veritate

Sozialenzyklika

Papst schlägt Weltinstanz zur Steuerung der Globalisierung vor

Vatikanstadt (KNA) Angesichts der globalen Wirtschaftskrise schlägt Papst Benedikt XVI. die Gründung einer weltweiten Steuerungsinstanz vor. Eine solche politische Weltautorität sei notwendig, um die Weltwirtschaft zu lenken, die von der Krise betroffenen Volkswirtschaften zu sanieren und einer Verschlimmerung der Krise vorzubeugen. Diesen Vorschlag macht der Papst in seiner ersten Sozialenzyklika, die Anfang Juli im Vatikan vorgestellt wurde.

Er führt aus, eine solche „übergeordnete Stufe internationaler Ordnung“ solle dem wachsenden weltweiten Ungleichgewicht gegensteuern, Abrüstung voranbringen, Sicherheit und Frieden fördern, Umweltschutz gewährleisten und Migrationsströme regulieren. So könne eine moralische Sozialordnung, wie sie schon in den Statuten der Vereinten Nationen gefordert werde, endlich verwirklicht werden.

Im Mittelpunkt des Fortschritts müssten stets der Mensch und seine ganzheitliche Entwicklung stehen, bekräftigt Benedikt XVI. in dem seit langem erwarteten Grundsatzpapier, das nach seinen lateinischen Anfangsworten den Titel „Caritas in veritate“ (Die Liebe in der Wahrheit) trägt. Die menschliche Person sei „das erste zu schützende und zu nutzende Kapital“, heißt es in dem Schreiben, das in seiner italienischen Ausgabe 142 Seiten umfasst.

Ausdrücklich warnt Benedikt XVI. vor Fatalismus oder einem blinden Widerstand gegen die Globalisierung. Die weltweite Vernetzung sei in sich weder gut noch schlecht, sondern werde zu dem, was die Menschen daraus machen. Ausschließliches Profitstreben, das nicht auf das Allgemeinwohl ausgerichtet sei, laufe Gefahr, Vermögen zu zerstören und Armut zu schaffen.

Die Kirche habe zu Globalisierung und Wirtschaftskrise keine technischen Lösungen anzubieten, stellt der Papst klar. Aber sie habe eine „Mission der Wahrheit zu erfüllen“ und setze sich zum Wohl der Menschen für Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität ein. Ohne Gott drohe der Fortschritt unmenschlich zu werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise lässt nach Einschätzung von Benedikt XVI. schwerwiegende Verzerrungen und Missstände erkennen. Diese erforderten Veränderungen und strukturelle Erneuerung. Eine weltweite Ausbreitung von Wohlstand dürfe nicht durch Projekte gebremst werden, die von Einzelinteressen geleitet sind.

Ernüchternd fällt die Analyse des Papstes über die Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte aus. „Absolut gesehen nimmt der weltweite Reichtum zu, doch die Ungleichheiten vergrößern sich. In den reichen Ländern verarmen neue Gesellschaftsklassen, und es entstehen neue Formen der Armut.“ In ärmeren Regionen wachse der Kontrast zwischen konsumorientierter Überentwicklung einzelner Gruppen und dem Skandal ungeheuren Elends. Gleichzeitig werde das soziale Netz immer schwächer. Auch internationale Hilfen würden nicht selten verantwortungslos zweckfremdet.

Geändert hat sich nach Überzeugung des Papstes auch das Unternehmerbild. Es gebe eine neue Klasse von Managern, die sich oft nur nach den Anweisungen der Hauptaktionäre richte. Als

skandalös beklagt Benedikt XVI. Spekulationen, Wucher, Dumpinglöhne und eine rein profitorientierte Auslagerung von Arbeit in andere Regionen - zum Schaden der Menschen vor Ort. Doch nicht nur Unternehmer hätten eine soziale Verantwortung, betont der Papst, sondern auch die Konsumenten. Das gelte für Kaufentscheidungen wie für die Vermarktung von Dritte-Welt-Produkten. Hier sieht Benedikt XVI. auch eine neue Rolle für die Gewerkschaftsbewegungen. Zu Entwicklung gehört für Benedikt XVI. auch der Schutz der Umwelt und des Klimas. Der Mensch müsse die Schöpfung verantwortungsvoll steuern, schützen, nutzen und kultivieren, um der Bevölkerung Nahrung und angemessenes Wohnen zu ermöglichen. Es gehe nicht um eine Vergötterung der Natur; sie sei keinesfalls wichtiger als der Mensch. Jedoch müsse die heutige Gesellschaft ernsthaft ihren Lebensstil überdenken.

Entwicklung werde wesentlich vom technischen Fortschritt mitbestimmt, erinnert der Papst. Zugleich warnt er vor einer überzogenen Technikgläubigkeit. In der Globalisierung scheine die Technik die bisherige Rolle und Macht der Ideologien zu übernehmen. Sie dürfe freilich nur moralisch verantwortlich genutzt werden. Das gelte besonders für den Bereich Bioethik, „wo auf radikale Weise die Möglichkeit einer ganzheitlichen menschlichen Entwicklung selbst auf dem Spiel“ stehe. Bei künstlicher Befruchtung, Embryonenforschung oder Klonen des Menschen stoße der Absolutheitsanspruch der Technik an Grenzen.

Mit Nachdruck warnt Benedikt XVI. davor, die „Kultur des Todes“ zu bagatellisieren. Zur „verbreiteten tragischen Plage der Abtreibung“ drohe Euthanasie und eine „systematische eugenische Geburtenplanung“ hinzuzukommen. Viele Menschen entrüsteten sich heute über Nebensächlichkeiten, seien aber bereit, „unerhörte Ungerechtigkeiten zu tolerieren“. Während die Armen der Welt „an die Türen der Üppigkeit klopfen“, laufe die reiche Welt Gefahr, in einer Unfähigkeit, das Menschliche zu erkennen, das Klopfen nicht mehr zu hören.

(KNA – 7. Juli 2009)

Die Enzyklika „Caritas in veritate“ kann im Internet heruntergeladen werden unter http://www.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk2.vas/ve_186.pdf

Hintergrundinformationen

Stichwort: Sozialzyklika

Sozialzyklika ist die Bezeichnung für ein päpstliches Schreiben zu sozialen Fragen. Wie zur Glaubens- und Sittenlehre, so äußert sich das päpstliche Lehramt auch zur Soziallehre. Es tut dies unter anderem in Form der Enzyklika, zu deutsch „Rundschreiben“. Die erste Sozialzyklika „Rerum novarum“ wurde am 15. Mai 1891 von Papst Leo XIII. vorgelegt. Sie ist, wie bei Enzykliken üblich, nach den Anfangsworten des in der Regel lateinischen Originaltextes benannt. *(KNA)*

Stichwort: Enzyklika „Populorum progressio“

Die Enzyklika „Populorum progressio“ (Der Fortschritt der Völker) von Papst Paul VI. war 1967 das erste päpstliche Rundschreiben, das die Soziale Frage ausdrücklich in einen weltweiten Zusammenhang rückt. Sie griff damit das Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils auf, die soziale Gerechtigkeit unter den Staaten zu fördern. Kurz zuvor hatte Paul VI. für diese Aufgabe den päpstlichen Rat Iustitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) ins Leben gerufen.

Paul VI. (1963-1978) fordert in der Enzyklika, den Graben zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zu überwinden. Zugleich wendet er sich gegen ein rein ökonomisches Verständnis von Entwicklung. Diese könne nicht allein wirtschaftliches Wachstum der armen Länder oder finanzielle Entwicklungshilfe der reichen Länder bedeuten. Auch soziale, kulturelle und geistige Belange müssten berücksichtigt werden, so der Papst. Ziel müsse sein, menschliche Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Zu diesem Zweck schlägt Paul VI. die Gründung internationaler Institutionen vor, die eine Zusammenarbeit von armen und reichen Ländern koordinieren sollen.

Große Beachtung fand damals auch die päpstliche Aussage über Revolutionen. Anlass waren offenkundig die zahlreichen Unrechtsregime in Entwicklungsländern. Grundsätzlich erteilt Paul VI. der gewaltsamen Bekämpfung ungerechter Verhältnisse zwar eine deutliche Absage. Erstmals in der kirchenamtlichen Lehre wird jedoch zumindest angedeutet, dass eine Revolution unter bestimmten Voraussetzungen legitim sein kann. Dies gelte „im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernststen Schaden zufügt“. (KNA)

„Neue Dinge“ und alte Fragen Chronologie der päpstlichen Sozialenzykliken

Die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts hat die moderne Arbeitswelt von Grund auf verändert. Als Antwort auf die „Soziale Frage“, die diese Umwälzungen aufgeworfen haben, legte Papst Leo XIII. 1891 seine Enzyklika „Rerum novarum“ vor. Seitdem haben die Päpste regelmäßig die Soziallehre der Kirche gemäß den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Zeit ausgelegt. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) stellt die wichtigsten Eckpfeiler bis zur neuen Enzyklika von Benedikt XVI. vor:

1848: Mit seiner Reihe von Adventspredigten im Mainzer Dom über „Die großen sozialen Fragen der Gegenwart“ wird Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877) zum Vorreiter der kirchlichen Sozialverkündigung. Papst Leo XIII. nennt Ketteler 1891 „unseren großen Vorgänger“.

1891: Die Enzyklika „Rerum novarum“ („Über die neuen Dinge“) ist das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage und das grundlegende Dokument der katholischen Soziallehre. Verfasst vor dem Hintergrund der Industriellen Revolution, setzt sich Rerum novarum mit den sozialen Verwerfungen des Sozialismus und des Liberalismus auseinander. Leo XIII. beklagt die oft sklavenähnliche Lage der Arbeiterschaft, wendet sich aber gegen den Klassenkampf und plädiert für eine Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er verteidigt das Privateigentum, betont aber zugleich seine Sozialverpflichtung. Weitere zentrale Forderungen sind gerechte Löhne und staatlicher Schutz für Arbeitnehmer.

1931: 40 Jahre später aktualisiert Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ die Lehren von Leo XIII. Unter Einfluss und Mitgestaltung der deutschen Jesuiten Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning richtet er sein Augenmerk vor allem auf die Gesellschaftsordnung aus christlicher Sicht. Pius XI. entfaltet unter anderem das Prinzip der Subsidiarität, nach dem das jeweils gesellschaftlich oder institutionell untergeordnete Glied alle Probleme und Aufgaben möglichst eigenständig lösen soll. Nur wenn die Aufgabe zu groß ist, soll die übergeordnete Instanz in die Verantwortung treten. Zudem grenzt die Enzyklika Christentum und Sozialismus differenziert voneinander ab. Die Quintessenz lautet freilich, es sei „unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“.

1961: Die Enzyklika „Mater et magistra“ („Mutter und Lehrerin“) von Papst Johannes XXIII. haben Zeitgenossen auch als „Mitbestimmungs-Enzyklika“ bezeichnet. Sie spricht den Arbeitern ein Recht auf aktive Teilnahme am eigenen Unternehmen zu. Erstmals werden auch Probleme der wirtschaftlich weniger stark entwickelten Länder und damit auch die Frage des Gemeinwohls in globaler Perspektive thematisiert.

1967: Zwei Jahre nach Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils behandelt Papst Paul VI. in seinem wichtigsten Sozialschreiben „Populorum progressio“ („Der Fortschritt der Völker“) die Themen Frieden und Gerechtigkeit. In der Enzyklika wird ein gerechter Ausgleich zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern verlangt. Als Schlüsselwort für globale Gerechtigkeit führt Paul VI. den Begriff der „Entwicklung“ in die katholische Soziallehre ein, der auch mehr Teilhabe an Bildung, sozialem und politischem Leben bedeute. Revolution als Mittel dorthin lehnt der Papst ab. Dennoch räumt er „im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft“ auch die Möglichkeit eines legitimen Umsturzes ein.

1981: „Laborem exercens“ ist die erste von mehreren Sozialenzykliken von Papst Johannes Paul II. Sie befasst sich mit dem Wert der menschlichen Arbeit und sucht einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Analysiert werden soziale Fehlentwicklungen sowohl im bereits brüchiger werdenden kommunistischen System wie auch im wirtschaftlich erfolgreichen Kapitalismus. Mit Blick etwa auf die wachsende Arbeitslosigkeit im Westen betont der Papst unter anderem den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital; mit Blick auf den Kampf der Gewerkschaft „Solidarnosc“ erklärt er das Recht auf Gewerkschaften zum unantastbaren Grundrecht. Die Veröffentlichung der Enzyklika verzögerte sich durch das Papstattentat von Ali Agca auf dem Petersplatz im Mai 1981 um vier Monate.

1987: Zum 20. Jahrestag von „Populorum progressio“ widmet sich Johannes Paul II. nach dem Gegensatz von Ost und West nun auch dem Nord-Süd-Konflikt. „Sollicitudo rei socialis“ („Die Sorge um das Soziale“) ermahnt die reichen Länder des Nordens zu wirksamer Hilfe. Zugleich fordert der Papst darin grundlegende Reformen in den Entwicklungsländern ein.

1991: „Centesimus annus“: Zum 100. Jahrestag von Rerum novarum - und zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa - rechnet der Papst aus Polen nicht nur mit dem untergegangenen System ab, sondern auch mit den Auswüchsen eines ungezügelten Kapitalismus. Gewürdigt wird erstmals in dieser Deutlichkeit die positive Rolle des Unternehmertums für eine funktionierende Volkswirtschaft. Verfechter des klassischen Konzepts einer Sozialen Marktwirtschaft lasen das Dokument als päpstliches Bekenntnis zu dieser Idee.

2009: Die erste Sozialzyklika von Benedikt XVI. trägt den Titel „Caritas in veritate“ („Die Liebe in Wahrheit“). Sie beschäftigt sich mit den Folgen der Globalisierung und der Wirtschafts- und Finanzkrise für das menschliche Zusammenleben. Eigentlicher Anlass war der 40. Jahrestag von „Populorum progressio“. Das bereits nahezu fertiggestellte Dokument wurde jedoch mehrfach umgearbeitet und aktualisiert, zuletzt nach Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. (KNA)

Reaktionen

Vertreter aus Politik und Kirche würdigen Sozialzyklika

Bonn (KNA) Die erste Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. stößt in Deutschland auf überwiegend positives Echo. Als hochaktuelle und präzise Analyse bezeichnete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, das Lehrschreiben. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sprach von einem „Dokument der globalen Geschwisterlichkeit“. Auch Politiker würdigten das Grundsatzpapier als wertvollen und wichtigen Beitrag. Enttäuscht äußerte sich das globalisierungskritische Netzwerk attac. Angesichts weltweiter struktureller Ungleichheiten bleibe der Ton des Schreibens „ausgesprochen hilflos“.

Das Grundsatzpapier trägt den Titel „Caritas in veritate“ (Die Liebe in der Wahrheit). Darin fordert Benedikt XVI. eine Steuerungsinstanz, um die Weltwirtschaft zu lenken und die Folgen der aktuellen Krise zu meistern. Ausdrücklich verurteilt das Kirchenoberhaupt Profitgier und Egoismus, warnt jedoch vor Fatalismus oder einem blinden Widerstand gegen die Globalisierung.

Zollitsch würdigte die Enzyklika als drängenden Appell an die politisch Verantwortlichen der Industriestaaten, für die Weiterentwicklung einer gerechteren Weltordnung zu arbeiten. Mit der Enzyklika gelinge Benedikt XVI. eine Aktualisierung der Katholischen Soziallehre, so Zollitsch. Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx sieht in dem Papstschreiben ein „moralisches Ausrufezeichen zur rechten Zeit“. Es biete „Rückenwind“ für Überlegungen zur Ausgestaltung einer weltweit verbindlichen Ordnung, so Marx, der die Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen leitet.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick sieht durch die Sozialzyklika die kirchlichen Hilfswerke gestärkt. Benedikt XVI. betrachte die Globalisierung positiv; sie müsse aber von Wahrheit und Liebe durchdrungen sein. Ähnlich äußerte sich der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst. Die Kirche als weltweit präsenste Kraft müsse den „Global Players in Wirtschaft und Politik Maßstäbe verantwortlichen Handelns vor Augen stellen“.

Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) würdigte das Grundsatzpapier als „wichtige Orientierungsmarke in stürmischer Zeit“. Der Papst bekenne sich unzweideutig zum Markt als zentraler Institution der Wirtschaft, der aber in ein größeres soziales und politisches Umfeld eingebunden und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein müsse, betonte BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött in Köln.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) nannte das Papier eine Orientierungshilfe für die Politik. Als besonders wichtig bezeichnete er, dass sich der Papst mit Nachdruck „für gerechte Entlohnung, für würdevolle Arbeit, für starke Gewerkschaften und für umfassenden sozialen Schutz“

ausspreche. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla wünschte sich eine breite Diskussion über die Enzyklika, „nicht nur innerhalb der katholischen Kirche, sondern auch in der CDU und der gesamten Gesellschaft“. Benedikt XVI. mache deutlich, dass unternehmerische Freiheit und Initiative ebenso wichtig seien wie soziale Verantwortung und die Ausrichtung der Wirtschaft an den Interessen von Mensch und Umwelt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht sich durch die päpstliche Sozialzyklika in seinen Forderungen nach einer besseren Kontrolle über die globalen Kapitalströme bestätigt. Auch der DGB setze sich dafür ein, nachhaltiges Wirtschaften mit festen Strukturen der Zusammenarbeit von internationalen Institutionen wie Welthandelsorganisation und Weltbank zu verknüpfen, sagte DGB-Chef Michael Sommer in Berlin.

Kritische Töne schlug die Nichtregierungsorganisation attac an. „Leider ist der römisch-katholischen Kirche schon seit Jahrzehnten der Blick auf die notwendige Korrektur ungerechter wirtschaftlicher Strukturen abhanden gekommen“, sagte ein Sprecher. Klare Handlungsanweisungen vermisst der religionspolitische Sprecher der Linken, Bodo Ramelow. Die Enzyklika bleibe in Fragen konkreter Maßnahmen hinter den Erwartungen zurück.

Der Sozialethiker Karl Gabriel hält die Forderung des Papstes nach einer politischen Weltautorität für „wenig realistisch“. Der Vorschlag aus der neuen Enzyklika von Benedikt XVI. als Antwort auf die Wirtschaftskrise sei „kaum zielführend“, so der Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster. Vertreter des Instituts für Gesellschaftspolitik der Münchner Hochschule für Philosophie vermissten bei dem Text eine nähere Beschäftigung mit dem Klimawandel und dem Problem der Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird zu der Enzyklika nicht offiziell Stellung beziehen. Es sei „guter Brauch“ zwischen den Kirchen, dass man sich nicht gegenseitig kommentiere, sagte EKD-Sprecher Reinhard Mawick auf Anfrage in Hannover. Er verwies zugleich darauf, dass es zwischen den Thesen des Papstes und dem in der vergangenen Woche veröffentlichten EKD-Papier zur Wirtschaftskrise deutliche Ähnlichkeiten gebe.

(KNA – 7. Juli 2009)

ZdK-Präsident würdigt Enzyklika als Appell für eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung

Als „Dokument der globalen Geschwisterlichkeit“ hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, die neue Enzyklika „Caritas in veritate“ von Papst Benedikt XVI. gewürdigt. Der Papst entfalte in einer Linie mit seinen großen Vorgängern Paul VI. und Johannes Paul II. viele Themen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. „Wir sind dankbar für diese Orientierung gerade in Zeiten der Krise und der fortschreitenden Globalisierung“, so Meyer wörtlich. Er forderte alle politisch engagierten Katholiken in den Räten und Verbänden auf, diesen „Appell für eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung“ (Nr. 17) aufmerksam in den Gruppen und Gemeinden zu lesen, damit so eine „tiefer empfundene Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Bürger an der Res publica wachse“ (Nr. 24).

Ausgehend von dem zentralen Begriffspaar „Liebe in Wahrheit“ und „Wahrheit in Liebe“ erinne-

re Papst Benedikt zum vierzigjährigen Jubiläum von „Populorum progressio“ an die herausragende Bedeutung dieser Enzyklika Papst Pauls VI., erläuterte Meyer. Der Heilige Vater stelle sich in der Tradition der katholischen Soziallehre den gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart, insbesondere der Globalisierung und den Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Er unterstreiche die Bedeutung von Gerechtigkeit und Gemeinwohl für eine „Stadt des Menschen“, welche die „Stadt Gottes“ vorwegnehme, und betone nachdrücklich den Zusammenhang zwischen einer Ethik des Lebens und der Sozialethik. Der Papst mache auf die Chancen kultureller Vielfalt aufmerksam, warne aber zugleich eindringlich vor Fehlentwicklungen wie kulturellem Eklektizismus und Nivellierung.

Meyer hob wörtlich hervor: „Die neue Enzyklika umreißt in ihren sechs Kapiteln ein weites Panorama der gegenwärtigen Menschheitsprobleme und stellt diesen die Grundsätze und Angebote der katholischen Soziallehre gegenüber, damit in der Welt von morgen die Menschen nicht nur als Nachbarn, sondern als Geschwister miteinander leben. Sie ist zugleich Verkündigung, Analyse und Programm.“

Ingrid Fischbach: Sozialzyklika wegweisend

Anlässlich der Veröffentlichung der dritten Enzyklika Benedikts XVI. „Caritas in veritate“ erklärt die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Ingrid Fischbach MdB:

„Die längst angekündigte Sozialzyklika war verschoben worden, damit Benedikt XVI. die globale wirtschaftliche Krise mitberücksichtigen konnte. Dieser Terminaufschub hat sich gelohnt. Der Heilige Vater nimmt mit seiner dritten Sozialzyklika eine umfassende und umsichtige Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit vor. Bewusst liefert ‚Caritas in veritate‘ dabei kein technisches oder wirtschaftswissenschaftliches Lösungskonzept für die weltweite Krise – aber gerade deshalb kann die Sozialzyklika wegweisend sein: Benedikt XVI. ruft in Erinnerung, dass weder Wissenschaft, noch Technik, noch Politik allein dem Menschen Sinn, Trost und Hoffnung geben können.

So mahnt ‚Caritas in veritate‘ eine menschenfreundliche Ethik in der Wirtschaft an. Der Heilige Vater fordert eine Abkehr von reiner Begehrlichkeit. Jeder einzelne ist in Verantwortung gerufen, sein Gewissen auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Benedikt XVI. stellt heraus, dass der Weg aus der Krise nur gemeinsam statt nach dem Motto ‚jeder für sich‘ gefunden werden kann. Diese Orientierung am Gemeinwohl muss auch systemisch in einer ‚neuen sozial verantwortlichen und nach dem Maß des Menschen ausgerichteten wirtschaftlich-produktiven Ordnung‘ verankert werden: international müssen dazu Regeln gelten, die sich an die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität halten, um dadurch die Einheit der Menschheitsfamilie voranzubringen. Im Vordergrund steht dabei, das Gefälle zwischen armen und reichen Gebieten zu überwinden und gemeinsam gegen den Hunger und für den Erhalt natürlicher Ressourcen vorzugehen. Gemeinsam muss die Verantwortung für die Schöpfung in all ihren Dimensionen wahrgenommen werden. So richtet die Sozialzyklika den Blick weit über die aktuelle Krisensituation und das Feld der Wirtschaft hinaus und erinnert daran: ‚Wenn der persönliche und gesellschaftliche Sinn für die Annahme eines neuen Lebens verloren geht, verdorren auch andere, für das gesellschaftliche Leben hilfreiche Formen der Annahme‘.

Die Achtung für die ganzheitliche Entwicklung des Lebens kommt dabei in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern zum Tragen. Neben dem Recht auf Leben bis zu seinem natürlichen Tod werden ausdrücklich der Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung des Rechtes auf Religionsfreiheit genannt. Ebenso wird zur staatlichen Förderung der auf der Ehe gegründeten Familie aufgerufen. Die Sozialzyklika spannt neben der Solidarität der Reichen mit den armen Ländern als zentrales Moment, das sich durch den ganzen Text zieht einen umfassenden Bogen über das gesellschaftliche Zusammenleben.

Wiederholt war von vielen, gerade seitens der Politik, gefordert worden, die Kirchen sollten sich angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise deutlicher zu Gehör bringen. Mit der Sozialzyklika ‚Caritas in veritate‘ hat die Katholische Kirche diese Forderung mehr als erfüllt. Ihr nachdrückliches Plädoyer für ein verstärktes soziales Bewusstsein kommt im richtigen Moment und mit bemerkenswerter Klugheit.“

Weiterhin positives Echo auf Sozialzyklika des Papstes

Bonn (KNA) Das überwiegend positive Echo auf die erste Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. hält an. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, bezeichnete das Papier als wegweisendes Dokument. Besonders freue ihn „die äußerst scharfsichtige und informierte Charakterisierung der Globalisierung“, sagte Walter der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Anstatt diesen Prozess „wie andere zu verteufeln“, rufe der Papst zu einer aktiven Teilnahme auf. Kritisch äußerte sich der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach.

Die Grünen erklärten, der Papst verdiene für die Enzyklika grundsätzlich Beifall. Die Forderungen nach sozialverträglicher Entwicklung, Klimaschutz und der UN-Entwicklungsziele seien positiv zu bewerten, erklärten der kirchenpolitische Sprecher Josef Winkler und der Entwicklungsexperte Thilo Hoppe. Dies gelte auch vor dem Hintergrund, dass die Grünen angesichts Aids und steigender Weltbevölkerung die Haltung des Papstes zur Empfängnisverhütung nicht teilten.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lobte das Schreiben. Sie bezeichnete es als Ermutigung, für eine sozial verantwortliche Welt einzutreten. Das Grundsatzpapier bestärke zudem die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe für die Ärmsten in der Welt.

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul (SPD) sagte, der Aufbau weise den Text als „entwicklungspolitische Enzyklika“ aus, die entscheidend zur Globalisierungs- und Gerechtigkeitsdebatte beitrage. Der Papst rede vor allem denen ins Gewissen, die meinten, die Solidarität mit den Armen vernachlässigen zu können.

Auch für die Arbeit kirchlicher Hilfswerke in Deutschland seien die Aussagen des Papstes wertvoll, betonte der Präsident von missio München, Eric Englert. Mit dem ganzheitlichen Verständnis von menschlicher Entwicklung zeige das Schreiben, dass Evangelisierung und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden seien.

Nach Ansicht des Dachverbands katholischer Entwicklungsorganisationen CIDSE sendet die Enzyklika ein starkes Signal, dass Wirtschaft nicht frei sein sollte von Moral und politischen Rah-

menbedingungen. Der Aufruf des Papstes zu Verantwortung jedes Einzelnen und der Gesellschaft knüpfe direkt an die Arbeit von CIDSE an.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) unterstrich, die Enzyklika treffe den Nerv der Zeit; sie zeige, dass es nicht so weitergehen könne wie bisher. Als weitsichtigen Maßstab für die Zukunft bezeichnete das Kolpingwerk Deutschland das Dokument. Der katholische Sozialverband hob vor allem die Verbindung von sozialem und bioethischen Herausforderungen hervor.

Der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach hingegen hält die Forderung des Papstes nach einer weltweiten Steuerungsinstanz für überholt. „Das trifft nicht mehr den aktuellen Stand der internationalen Debatte“, sagte Hengsbach. Der Papst biete keine konkreten Lösungen für die aktuellen Schwierigkeiten der Finanzmärkte. In diesem Punkt bleibe Benedikt XVI. hinter Papst Paul VI. und dessen Enzyklika „Populorum progressio“ aus dem Jahr 1967 zurück. Positiv hob der Jesuit die Botschaft des Papstes hervor, wonach die ungerechten Verhältnisse in der Welt grundsätzlich verändert werden könnten.

(KNA – 8. Juli 2009)